

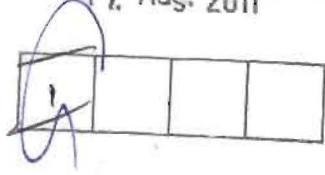
Anlage 1

Stadtverwaltung
Norderstedt

verbraucherzentrale

Schleswig-Holstein

17. AUG. 2011



Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.
Andreas-Gayk-Straße 15 · 24103 Kiel

Landesgeschäftsstelle
Andreas-Gayk-Straße 15
24103 Kiel

Oberbürgermeister der Stadt Norderstedt
Herr Hans-Joachim Grote
Rathausallee 50
22846 Norderstedt

Tel. (0431) 590 99 - 10
Fax (0431) 590 99 - 77
info@vzsh.de
www.vzsh.de

Beitrag HA

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
I.199.3.IV.SV

Telefon
-199

Datum
16.08.2011

**Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein (VZSH) und
Bundesfinanzierung des Europäischen Verbraucherzentrums Kiel
(EVZ)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Grote,

mit diesem Schreiben möchten wir Sie über den aktuellen Stand unserer Bemühungen für die Erhaltung unserer Beratungsstellen und des EVZ Kiel in Kenntnis setzen. Darüber hinaus übermitteln wir Ihnen unsere Position zu den vom parlamentarischen Staatssekretär des BMELV, Herr Dr. Gerd Müller, angeführten Argumenten gegen eine Verantwortung des Bundes an der Finanzierung des EVZ Kiel.

Aktueller Stand

Wie angekündigt waren wir gezwungen vorsorglich personalrechtliche Maßnahmen zur Wahrung von Fristen umzusetzen. Daher haben wir bereits einen Sozialplan und Interessenausgleich mit dem Betriebsrat verhandelt und vier Kündigungen ausgesprochen. Weitere Kündigungen werden bis Ende 2011 zur Wahrung der personalrechtlichen Fristen folgen. Eine Mitarbeiterin hat uns aufgrund der Arbeitsplatzunsicherheit bereits frühzeitig verlassen. Darüber hinaus läuft aktuell das Antragsverfahren für das EVZ in 2012 bei der EU. Aktuell gibt es lediglich in Norderstedt die Erfolg versprechenden Anstrengungen, die Erhaltung der VZSH-Beratungsstelle vor Ort für 2012 zu sichern. Diese Entwicklungen unterstreichen unverändert den dringenden politischen Handlungsbedarf.

Position des BMELV zur Bundesfinanzierung des EVZ

Wie Sie dem beigefügten Schreiben entnehmen können, lehnt Herr Dr. Müller (PStS im BMELV) eine Bundesfinanzierung des EVZ aus finanz-

HSH Nordbank
BLZ 210 500 00
Kto. 53005196

Steuer-Nr. 19 294 76194

Anerkannt als gemeinnützige Körperschaft durch das Finanzamt Kiel-Nord

Eingetragen im Vereinsregister Nr. VR 1700
Amtsgericht Kiel

Vorstandsvorsitzender
Peter Beushausen

Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. Geschäftsführer
Stefan Bock

Seite 2 von 3 des Schreibens vom 16.08.2011

verfassungsrechtlichen Gründen ab und verweist auf die Verantwortung der Länder für die Verbraucherberatung. Lediglich allgemeine Verbraucherinformationen könnten durch den Bund finanziert werden. Allerdings sehen alle zuständigen Landesverbraucherminister den Bund bei bundesweiter Verbraucherberatung in der Verantwortung (vgl. Beschlussvorlage und Beschluss zu TOP 31 der VSMK am 17.9.2010).

Tatsächlich teilt sich die Tätigkeit des EVZ Kiel zur Hälfte in Rechtsberatung und außergerichtliche Rechtsbesorgung und zur anderen Hälfte in Entwicklung und Kommunikation von allgemein gültigen Verbraucherinformationen zu grenzüberschreitenden Verbraucherproblemen. 58 % seines Gesamthaushaltes von 242.000 € nutzt das EVZ Kiel, um Verbraucherinformationen zu erstellen und in die Öffentlichkeit zu tragen. Hierzu zählen Pressemitteilungen, Pressegespräche, Interviews mit Printmedien, Funk und Fernsehen, Übersetzungen von RAPEX-Meldungen, Aktualisierung und Weiterentwicklung der Homepage (www.evz.de). Die Bedeutung der Internetseite für den deutschen Verbraucher wird eindrucksvoll durch 1,9 Mio. Besucher mit 5,16 Mio. Seitenzugriffen allein in den vergangenen 7 1/2 Monaten belegt. Darüber hinaus wurden im vergangenen Jahr umfassende Informationen zu Themen wie Arztbesuch im Ausland, Timesharing, Ruhestand in Spanien etc. erstellt und in Broschüren veröffentlicht.

Auch wenn Herr Staatssekretär Dr. Müller in seinem Schreiben zuversichtlich ist, dass auf Schleswig-Holsteinischer Landesebene gangbare Lösungen gefunden werden, wird dies von der Landesregierung bisher kategorisch abgelehnt. Ebenso ist die Beteiligung anderer Bundesländer an der Finanzierung eines EVZ-Standortes aufgrund des Beschlusses auf der VSMK 2010 (s.o.) auszuschließen.

Konsequenzen der BMELV-Position

Wenn das EVZ Kiel aufgrund fehlender Finanzmittel seine Arbeit einstellen muss, wird die Bundesregierung den deutschen Unternehmen und den Verbrauchern aus dem EU-Ausland durch die Kofinanzierung des EVZ Kehl eine außergerichtliche Streitbeilegung ermöglichen, jedoch der eigenen Bevölkerung Informationen und auch den Zugang zu einer außergerichtlichen Streitbeilegung bei Verbraucherproblemen im EU-Ausland verwehren. Zudem werden die Erkenntnisse aus den Beratungen von Bundesbürgern faktisch nicht bei den Veränderungen von EU-Verbraucherrichtlinien und -verordnungen einfließen können.

Seite 3 von 3 des Schreibens vom 16.08.2011

Für uns ist es unvorstellbar, dass dies im Interesse des zuständigen Bundesverbraucherschutzministeriums ist und wissentlich hingenommen wird.

Lösungsvorschlag

Unverändert sehen wir die Problemlösung in der Bundesfinanzierung des EVZ Kiel. Denn im Falle der Finanzierung von allgemeiner grenzüberschreitender Verbraucherinformation könnte das EVZ Kiel die Komplementärmittel der EU zur Beratung der deutschen Verbraucher einsetzen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Grote, wir danken Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung bei der Erhaltung unserer Beratungsstellen und des EVZ Kiel und würden uns freuen, wenn Sie sich auch weiterhin in Ihren politischen Gesprächen für unser Anliegen einsetzen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Bock
Geschäftsführung
bock@vzsh.de



Andrea Sack
Leiterin des EVZ Kiel
andrea.sack@evz.de

Dieses Schreiben haben erhalten:

Bund

- Hr. Dr. Hans-Peter Bartels (MdB)
- Hr. Sebastian Blumenthal (MdB)
- Fr. Dr. Christel Happach-Kasan (MdB)
- Fr. Gabriele Hiller-Ohm (MdB)
- Fr. Ingrid Nestle (MdB)
- Hr. Dr. Johann Wadephul (MdB)

Land:

- Hr. Landtagspräsident Torsten Geerds
- Fr. Ministerin Dr. Juliane Rumpf (MLUR)
- Hr. Andreas Beran (MdL)
- Fr. Dr. Marret Bohn (MdL)
- Hr. Detlef Buder (MdL)
- Hr. Karl-Rudolf Fischer (MdL)
- Fr. Monika Heinold (MdL)
- Hr. Günther Hildebrand (MdL)
- Hr. Oliver Kumbartzky (MdL)
- Fr. Katharina Loedige, (MdL)
- Hr. Flemming Meyer (MdL)
- Fr. Ranka Prante (MdL)
- Fr. Sandra Redmann (MdL)
- Fr. Marion Sellier (MdL)
- Fr. Ursula Sassen (MdL)
- Fr. Anke Spoorendonk (MdL)
- Hr. Bernd Voss (MdL)

EU

- Hr. Reimer Böge (MdEP)
- Fr. Ulrike Rodust (MdEP)
- Fr. Britta Reimers (MdEP)

Kreis

- Fr. Landrätin Jutta Hartweg (Segeberg)
- Hr. Landrat Dr. Jörn Klimant (Dithmarschen)

Stadt

- Hr. Oberbürgermeister Torsten Albig (Kiel)
- Hr. Bürgermeister Jochen Barckmann (Flensburg)
- Hr. Oberbürgermeister Jochen Grote (Norderstedt)
- Hr. Bürgermeister Bernd Saxe (Lübeck)
- Hr. Bürgermeister Ulf Stecher (Heide)



Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
· Dienst Sitz Berlin · 11055 Berlin

An das
Mitglied des Europäischen Parlaments
Frau Ulrike Rodust
Kleiner Kuhberg 28 – 30
24103 Kiel



Dr. Gerd Müller
Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18 529 - 3259

FAX +49 (0)30 18 529 - 4262

E-MAIL 215@bmelv.bund.de

INTERNET www.bmelv.de

AZ 215-25005-G023/0002

DATUM 22.07.2011

Sehr geehrte Frau Kollegin,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 28. Juni 2011 an die Bundesminister Ilse Aigner, in dem Sie auf Kürzungen der Landesregierung Schleswig-Holstein bei der Förderung der dortigen Verbraucherzentrale und die drohende Schließung des Europäischen Verbraucherzentrums in Kiel hinweisen. Frau Bundesministerin Aigner hat mich gebeten Ihnen zu antworten.

Das Europäische Verbraucherzentrum (EVZ) Deutschland mit seinen beiden Standorten in Kiel und Kehl leistet einen erheblichen Beitrag zum grenzüberschreitenden Verbraucherschutz und genießt nicht nur innerhalb des Netzwerkes der Europäischen Verbraucherzentren, sondern – wie die von Ihnen angesprochene jüngste Evaluierung des Netzwerkes belegt – auch unter den ratsuchenden Verbraucherinnen und Verbrauchern hohes Ansehen.

Neben dem Bundesministerium der Justiz fördert auch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) seit Jahren in nicht unerheblicher Höhe Projekte, an deren Durchführung jeweils ein erhebliches Bundesinteresse besteht. Dabei handelt es sich regelmäßig um Projekte des EVZ Deutschland, die der allgemeinen Information der Verbraucherinnen und Verbraucher zu aktuellen grenzüberschreitenden Fragestellungen dienen. Das BMELV hat sein finanzielles Engagement im Laufe der Zeit deutlich gesteigert und seine Projektförderung gegenüber den anfänglichen Beträgen zwischenzeitlich sogar verdoppelt.

Maßnahmen aber, die auf eine individuelle Beratung von Verbrauchern im Einzelfall gerichtet sind – wie dies bei der Tätigkeit des EVZ Standortes in Kiel vorwiegend der Fall ist – unterliegen grundsätzlich der (Finanzierungs-)Verantwortung der Länder und können insofern aus finanzverfassungsrechtlichen Gründen nicht vom Bund finanziert werden.

Insofern erscheint es folgerichtig, dass der EVZ Standort in Kiel organisatorisch der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein zugeordnet ist – wie im Übrigen der mittlerweile geschlossene Standort Gronau seinerzeit bei der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen – und im Wege einer institutionellen Förderung der Verbraucherzentrale durch das Land gefördert wird.

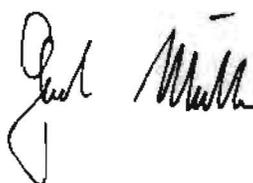
Anders verhält es sich dagegen bei dem EVZ Standort in Kehl, der in eine andere Trägerstruktur integriert ist und z. T. ergänzende Aufgaben wahrnimmt, die es erlauben, bestimmte Projekte – zur allgemeinen Verbraucherinformation, nicht aber zur Beratungstätigkeit – mit Unterstützung des BMELV durchzuführen.

Ich bitte daher um Verständnis, dass für den Bund aus den vorgenannten Gründen bei der derzeitigen Konstellation kein Raum für eine finanzielle Unterstützung des EVZ Standortes in Kiel besteht.

Im Übrigen möchte ich nochmals betonen, dass das BMELV im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Unterstützung wichtiger Projekte im Zusammenhang mit den vielfältigen grenzüberschreitenden Verbraucherfragen auch künftig bereit sein wird. Allerdings muss ich in diesem Zusammenhang ausdrücklich auch darauf hinweisen, dass die verfügbaren Haushaltsmittel in Zeiten der notwendigen Haushaltskonsolidierung sehr begrenzt sind und ein größeres Engagement zugunsten der einen Verbraucherorganisation ggf. gleichzeitig die Spielräume für die Durchführung anderer verbraucherpolitisch erforderlicher Maßnahmen und die Förderung von Projekten anderer Einrichtungen deutlich einschränkt.

Ich bin zuversichtlich, dass trotz der Kürzung der institutionellen Förderung der Verbraucherzentrale durch das Land Schleswig-Holstein auf der verantwortlichen Landesebene gangbare Lösungen gefunden werden können, um ein angemessenes organisatorisches und finanzielles Gefüge für eine bedarfsorientierte und sachgerechte Verbraucherarbeit nicht nur im nationalen, sondern auch im grenzüberschreitenden Rahmen sicherzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Müller' or similar, written in a cursive style.